

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

:: Fernsprecher M 8538. ::
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 22

Cöln, den 25. Oktober 1913.

I. Jahrgang.

Gewerkschaftliche Neutralität.

Die Gewerkschaften sind wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Ihr Zweck und ihre Aufgabe ist es, ihnen den nötigen Einfluß im Wirtschaftsleben zu verschaffen, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst günstig zu gestalten, ihre wirtschaftliche Lage zu heben und zu bessern. Kurzum: Der Arbeiterschaft ihren berechtigten Anteil am Kulturfortschritt zu verschaffen und zu sichern.

Eine schöne und große Aufgabe, an deren Lösung alle Arbeiter sich beteiligen müßten. Denn je einiger und geschlossener die Arbeiterschaft auf den Plan tritt, je größer und stärker die gewerkschaftliche Organisation, um so nachhaltiger kann ihr Einfluß sich gestalten. Darum muß die Gewerkschaft aber auch alles vermeiden, was den Arbeitern den Beitritt und die Zugehörigkeit zu ihr erschwert oder unmöglich macht. Sie darf namentlich nicht die religiöse und politische Ueberzeugung ihrer Mitglieder antasten oder gar bekämpfen. Darin muß sie denselben vielmehr volle Freiheit lassen. Erst dann kann sie darauf Anspruch machen, wirklich neutral zu sein. Nun spielen sich die sogenannten „freien“ Gewerkschaften immer noch gerne als „neutrale“ Organisationen auf, trotzdem alle Welt weiß, daß sie nichts weniger als das sind, sondern tatsächlich sozialdemokratisch. Denn sie haben sich auf das sozialdemokratische Programm und die sozialistische Weltanschauung eingeschworen. Und ihr ganzes Ziel und Trachten geht dahin, die sozialistische Bewegung zu unterstützen und zu fördern. Das eben war auch der Grund, warum sich die christlichen Arbeiter und Bediensteten eine eigene Bewegung schufen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen: Die christlichen Gewerkschaften.

Das enge freundliche Verhältnis von sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften ist auf einer Reihe von Gewerkschaftskongressen wie Parteitagen dokumentiert worden. So schloß der Vorsitzende Bömelburg den Gewerkschaftskongreß 1902 mit dem Ausspruch: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Auf dem Mannheimer Parteitage 1906 wurde eine Resolution gefaßt, in der ausdrücklich die gegenseitige Unterstützung beschlossen wurde. Da heißt es:

„... Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die

gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“ (Protokoll S. 473.)

Diesen Beschlüssen haben sich alle „freien“ Gewerkschaften gefügt, ohne irgend eine Ausnahme.

Im folgenden Jahre (1907) wurde auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart unter Zustimmung der anwesenden Gewerkschaftsführer eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen.“

Von dieser Resolution konnte Kautsky mit vollem Recht sagen: „Sie macht der Neutralität für immer ein Ende.“

In dem angegebenen Sinne haben sich denn auch die „freien“ Gewerkschaften immer betätigt. Sie haben die Partei mit allen Kräften gefördert. In zahlreichen Orten wurden die Gewerkschaftsbibliotheken mit der Parteibibliothek verschmolzen. Bei Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen, vor allem aber bei Landtags- und Reichstagswahlen wurde und wird alles getan, um der sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen. Da gleichen die Gewerkschaftsblätter den roten Parteiblättern, wie ein Ei dem andern. Noch mehr ins Gewicht fallen aber die Riesensummen, die die Gewerkschaftskassen in solchen Zeiten der Partei opfern, wie es besonders bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 geschehen ist. Diese Summen dürften immerhin etwa 200 000 Mk. und darüber ausmachen. Das sind also die Gelder, die die Arbeiter bezahlen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Es kann und wird wohl kein sozialdemokratischer Verband von sich sagen können, daß er nicht auch an diesen Geldspenden sich beteiligt habe. Wo es nicht direkt von Verbandsseite geschah, da haben die Gewerkschaftskartelle die Vermittlung übernommen.

Trotzdem also der sozialdemokratische Charakter der „freien“ Verbände offen zutage liegt, bringen sozialdemokratische Agitatoren es immer noch fertig, ihn abzuleugnen. Diese Ablehnungsversuche werden mit besonderer Vorliebe von Beamten des Transportarbeiterverbandes — alias Straßenbahnerverbandes, wie auch des Gemeindearbeiterverbandes unternommen. Das ist natürlich ein unehrliches Mannöver. Denn beide Verbände gehören der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands an, die an den eingangs mitgeteilten Parteitagsbeschlüssen mitgewirkt hat und die zur besseren Durchführung

derselben, d. h. um ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten mit den sozialdemokratischen Parteinstanzen zu ermöglichen, ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte, allwo die Residenz des Parteivorstandes sich befindet. Doch auch die Haltung der Gewerkschaftsblätter der beiden Verbände straft die „Neutralitätsheuchler“ Lügen. Denn auch in diesen wird unentwegt sozialdemokratische Parteipropaganda getrieben. Zum Beweise hierfür nur einige Beispiele: Gelegentlich der letzten Reichstagswahlen im Jahre 1912 schrieb „Der Straßenbahner“:

„..... Zeigt, daß Ihr Männer seid, die ihr heiligstes Recht mit Nägeln und Zähnen verteidigen. Gebt Eure Stimme keinem Bürgerlichen, sondern wählt geschlossen die Kandidaten der Sozialdemokratie.“

„Der Straßenbahner“, Nr. 1, Jahrgang 1912:

„Kollegen Straßenbahner! Tut Eure Pflicht bei den Stichwahlen zum Deutschen Reichstage! Es handelt sich um Euer Koalitionsrecht und Euer Brot. Wählt keinen Arbeitergegner, wählt rot.“

„Der Straßenbahner“, Nr. 2, 1912:

Und anlässlich der am 16. Mai d. J. stattgefundenen preußischen Landtagswahlen schrieb dasselbe Blatt in Nr. 10 vom 16. 5. 1913:

„Die Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses liegt im Interesse der Straßenbahner. Damit ist allen denkenden Kollegen, die in den schwarz-weißen Grenzpfählen wohnen und schaffen, ihre Preußenpflicht für den bevorstehenden Wahltag vorgezeichnet. Sie werden ihre Schuldigkeit tun, ihre Stimmen für die Wahlmänner der Arbeiterkandidaten (lies Sozialdemokratie) abgeben.“

Und die „Gewerkschaft“, das Organ des „freien“ Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, schlägt in dieselbe Herbe. In einem Artikel „Reichstags Ende“ schrieb sie in Nr. 50, 1911 u. a.:

„Wenn wir freiere Zustände in Deutschland schaffen wollen, müssen die Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 ein gewaltiges Anschwellen der Arbeiterstimmen bringen für die Kandidaten der Sozialdemokratie, der berufenen Vertreterin der Arbeiterinteressen im Reichstag.“

Zu den preußischen Landtagswahlen 1913 nahm die „Gewerkschaft“ in Nr. 19 d. J. in ähnlicher Weise Stellung. Gegen die bürgerlichen Parteien wurde darin mächtig vom Leder gezogen, kein gutes Haar daran gelassen. Darum „.... alle Kolleg enin diesen Tagen dahin wirken, daß eine möglichst zahlreiche Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen erfolgt. Eine Beteiligung im Interesse und im Sinne unserer Bestrebungen durch die Wahl der Vertreter der Arbeiterpartei.“

Daß mit der „Arbeiterpartei“ nur die Sozialdemokratie gemeint ist, weiß jedes politische Kind.

Bei der Anstellung von Beamten wird in den „freien“ Gewerkschaften haarscharf darauf gesehen, daß die Bewerber maßlose Sozialdemokraten sind. Andere können nicht auf Anstellung rechnen. Da wird neben der gewerkschaftlichen Betätigung auch solche für die politische Partei verlangt.

Die Ortsverwaltung Stuttgart des „freien“ Gemeindearbeiterverbandes suchte in der „Gewerkschaft“, Nr. 15, 1913, einen 2. Lokalbeamten. Verlangt wurde: „Die Bewerber müssen mindestens 5 Jahre ununterbrochen gewerkschaftlich und politisch (d. h. sozialdemokratisch) organisiert sein.“

Der Verbandsvorsitzende Bruno Börjch wurde seinerzeit aus seinem Posten im Gemeindearbeiterverband gedrängt, weil er nicht genügend sozialdemokratische Gesinnung hatte.

Daß angesichts dieser engen Verbrüderung mit der sozialdemokratischen Partei in den beiden Verbänden ebenso wie in den anderen „freien“ Gewerkschaften die christliche

und nationale Weltanschauung aufs schärfste bekämpft wird, versteht sich am Rande. Wie könnte man auch anders. „Stehen sie doch“, wie der verstorbene Sozialistenführer Bebel einst schrieb, „Christentum und Sozialismus gegenüber wie Feuer und Wasser.“

Beide Elemente sind unvereinbar. So ist es auch undenkbar, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung dem Christentum gegenüber eine neutrale Stellung einnimmt. Sie kann nicht anders, sie muß dasselbe bekämpfen.

Diese Interessengemeinschaft von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften kann aber nicht von Nutzen für die Arbeiterschaft sein. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Partei hat der Gemeindearbeiterverband beschlossen, die Maifeier zu propagieren. Wenn es also nach dem Willen der Führer dieses Verbandes ginge, sollten die Gemeindearbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Ob dadurch die Kollegen brotlos werden, langjährig erworbene Rechte opfern müssen, was schadet dieses? Die Partei verlangt es und die Gewerkschaftsführer folgen als die geduldigen Knechte. Erfreulicher Weise sind die Arbeiter aufgeweckter und verweigern die Gefolgschaft. So ließen sich Dutzende von Fällen anführen, wo die Befolgung der sozialistischen Forderungen nur zum Schaden der Arbeiterschaft sein kann.

Daraus sollten aber auch alle christlich-national denkenden Kollegen in den Gemeinde- und Straßenbahnbetrieben die einzig richtige Lehre ziehen und sich dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner anschließen.

Mit vereinten Kräften.

(Schluß.)

Von der Mitwirkung des Zentralverbandes in dem Leipziger Kartell können wir Arbeiter also nichts Gutes, wohl aber Schlimmes voraussetzen. — Die Beteiligung der deutschen Landwirtschaft an dem Leipziger Kartell ist wohl die auffallendste Erscheinung. Es handelt sich auch nicht bloß allein um die Beteiligung des Bundes der Landwirte, sondern auch der Kartellverband der christlichen Bauernvereine hat durch seinen Geschäftsführer Dr. Kellermann seine Zustimmung erklären lassen. Dem Kartellverband der christlichen Bauernvereine gehören an: der rheinische Bauernverein, der bayerische Bauernverein, der schlesische Bauernverein und, soweit uns bekannt ist, auch die Bauernvereine von Baden, Hessen und Trier. Die extremste Gruppe ist der Bund der Landwirte, der auch wohl in der Landwirtschaftsbewegung unter diesen Umständen die Führung an sich reißen wird. Für die Beteiligung der Landwirtschaft in diesem antisozialen Kartell fehlt eigentlich ein triftiger Grund. Unsere Wirtschaftspolitik, d. h. der Schutz der Landwirtschaft durch eine maßvolle Zollgesetzgebung, wird von allen bürgerlichen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der linksliberalen Gruppen, verteidigt. Auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht entschieden auf diesem Standpunkt, allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Lebensmittelförderung Deutschlands zu erschwinglichen Preisen sichergestellt wird, und die Schutzollgesetzgebung keine Bahnen wandelt, welche die Ernährungsmöglichkeit der deutschen Volkskreise gefährdet. Die Interessen der Landwirtschaft können unmöglich in diesem Kartell gewahrt werden. Macht die Landwirtschaft die scharfmacherischen Tendenzen den Zentralverbandes mit, so schafft sie sich eine ungeheure Gegnerschaft in den Kreisen, die ihr bisher freundlich gegenüberstanden haben. Der Bund der Landwirte scheint dies tun zu wollen. Seine Organe, insbesondere die Bundeskorrespondenz, bringen bei jeder passenden und unpassenden Gelegen-

heit Notizen und Artikel, die in der Forderung nach einem größeren Arbeitswilligenschuß ausklingen.

Damit haben wir in kurzen Strichen den Charakter und die Tendenz der drei großen Wirtschaftsgruppen bezeichnet, die sich in Leipzig zur Gemeinschaftsarbeit kartelliert haben. Die christlich-nationalen Arbeiter können von dieser Gemeinschaftsarbeit nichts Gutes, aber viel Schlimmes erwarten. Gewiß, die Bäume wachsen nicht in den Himmel, und ganz leicht wird die Durchführung der vom Zentralverband inspirierten Gemeinschaftsarbeit in ihrer antisozialen Richtung nicht sein. Auch das kartellierte Zusammenarbeiten in den einzelnen Landesteilen und in den einzelnen Orten wird wohl manche Schwierigkeiten ergeben und die Gegensätze in die Erscheinung treten lassen, die zwischen den genannten Gruppen bestehen. Aber diese Gegensätze waren vorher lange genug bekannt und erörtert und können wenigstens zurücktreten, um gemeinsame antisoziale Aktionen vorerst in den Vordergrund treten zu lassen, die alsdann das einigende Band bilden.

Als praktische nächste Aktion wird man erwarten müssen einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht und Verweigerung aller Maßnahmen zur Linderung der Steuerung. Bedauerlich ist und bleibt es, daß der Mittelstand und vor allem unser Handwerkerstand sich in dieses Fahrwasser der Koalitionsrechtsfeinde hat drängen lassen. Gerade mit dem Handwerk hat die Arbeiterschaft, wenn auch nach anfänglichen harten Kämpfen, den Boden der gemeinsamen Verständigung in der Form der Tarifverträge gefunden. Und die Erfahrungen der letzten Jahre, die fast kampflöse Erneuerung der Tarife im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe, der Holzindustrie und im Malergewerbe, haben gezeigt, wie segensreich die Tarifbewegung für beide Teile wirkt. Was den Mittelstand verärgert — und zwar mit Recht verärgert — das ist der Terrorismus der Sozialdemokratie und der politische Boykott, der gegen die Gewerbetreibenden und Handwerker von der Sozialdemokratie ausgeübt wird. Hier trifft die Sozialdemokratie der schwere und berechtigte Vorwurf, den wir ihr so oft schon gemacht haben, daß sie mit ihrem Ueberdiktalismus, ihrem Terrorismus und ihrer politischen Großmannsucht den Scharfmachern und Arbeiterfeinden direkt in die Hände arbeitet. Um das Gewerbe gegen solche Ausschreitungen zu schützen, scheint uns aber der Weg, der hier eingeschlagen wird, nicht der richtige zu sein. Die gegenwärtige Gesetzgebung reicht vollständig aus, um Uebergriffe zu bestrafen, und zwar werden sie in jüngster Zeit außerordentlich schwer bestraft.

Der Zentralverband der Industriellen ist von jeher ein Gegner der Arbeitstarifgemeinschaften gewesen und er verfolgt zuletzt offenkundig die Absicht, sowohl mit Hilfe der Gesetzgebung wie auch durch private Initiative und finanzielle Unterstützung die Tarifbewegung zu hemmen. Er will offenbar dem Kleingewerbe einen Rückhalt geben, um es bei Streiks um Erneuerung der Tarife widerstandsfähig zu machen, denn die Tarifpolitik, die sich im Kleingewerbe bewährt, wird auf die Dauer auch in der Industrie ihren Einzug halten. Das ist offenbar die Befürchtung der Zentralverbände, und darum suchen sie den Mittelstand in ihre Gesellschaft und Abhängigkeit zu bringen, um das zu zerstören, was in jahrzehntelangen heftigen Kämpfen zum Segen für die Arbeiter wie auch für das Handwerk selbst in den Tarifverträgen geschaffen wurde.

Inzwischen hat nun die Leipziger Gemeinschaftsarbeit auch den Segen der preussischen Regierung erhalten. Auf der 80. Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Essen am 21. September war die preussische Regierung durch den Landwirtschaftsminister v. Schor-

lemer vertreten, welcher die Versammlung u. a. mit folgenden Worten begrüßte:

„Anlässlich der Tagung in der ehemaligen Ackerstadt und jetzigen Industriestadt Essen ist in der Einladung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Tagung dem gegenseitigen Verstehen der beiden hervorragenden Erwerbsstände Deutschlands förderlich sein und beitragen möge zu einer wechselseitigen Würdigung ihrer hohen wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung. Mantens der preussischen Verwaltung kann ich versichern, daß dieser Wunsch auch der unserer ist. Ich würde es tief bedauern und als einen unverantwortlichen nicht wieder gut zu machenden politischen Fehler ansehen, wenn in der gegenwärtigen Zeit, wo die Erhaltung von Eigentum und Besitz, die staatliche Autorität ebenso wie die des Hausherrn und Arbeitgebers im Handwerk, Industrie und Landwirtschaft in Frage gestellt wird, örtliche Reibungen und der gewiß berechtigte Widerstreit von Einzelinteressen, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk verleiten könnten, ihre großen und gemeinschaftlichen Ziele im wirtschaftspolitischen Kampfe außer Acht zu lassen und sich in dem Augenblick zu trennen, wo nur geschlossenes Zusammengehen gegen den gemeinschaftlichen Feind ihre Existenz und auch die des Vaterlandes für die Zukunft sichern kann. In diesem Sinne begleiten meine besten Wünsche die gegenwärtige Ausstellung ebenso wie die Verhandlungen und Beschlüsse der diesjährigen Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen.“

Diese Aeußerung hat unverkennbar Bezug auf die in Leipzig proklamierte Gemeinschaftsarbeit.

Die Arbeit des Leipziger Gemeinschaftskartells wird in erster Linie den in den staatlichen und städtischen, sowie in den anderen öffentlichen Betrieben und Straßenbahnen beschäftigten Angestellten und Arbeitern schwere Hindernisse in dem Bestreben nach Hebung ihrer Lebenshaltung bereiten. Die Tätigkeit der erwähnten Ortskartelle wird ihren Niederschlag in den sozialpolitischen Debatten in den Stadtparlamenten zeigen. Die Gefahr, die unseren Kollegen in der Errichtung der gemischt wirtschaftlichen Betriebe drohen, wird ohne Zweifel sich vergrößern.

Das Leipziger Gemeinschaftskartell ist ein Sturmzeichen für die ganze bürgerliche Arbeiterbewegung. Und angesichts dieser Verbrüderung aller Arbeiterfeinde und Gegner einer selbständigen Arbeiterbewegung und einer fortgeschrittenen, unserer Kultur und Zivilisation angepaßten Sozialpolitik, fragt man sich erstaunt, wie so viele christliche Arbeiter dem Organisationsgedanken so interesselos gegenüberstehen oder aber aus kleinlichen Gründen einer Sonderbündelei nachlaufen und dadurch die Stoßkraft der Bewegung hemmen. Wenn es noch irgend eines Anstoßes bedürfte, um den christlich-nationalen Arbeitern und Angestellten begreiflich zu machen, wie ernst die Zeiten für sie sind und wie notwendig die Stärkung unserer Organisationen, insbesondere der christlichen Gewerkschaften ist, dann ist es dieses Kartell der Arbeiterfeinde von Leipzig.

Zum dritten deutschen Arbeiterkongress.

Die Ankündigung des dritten deutschen Arbeiterkongresses hat in der Öffentlichkeit schon lebhaftere Auseinandersetzungen bewirkt. Die rechtsstehende Presse ist mit dem Inhalt des Aufrufs, sowie mit der Tagesordnung des Kongresses durchaus nicht einverstanden. So wird in der „Kreuzzeitung“ (Nr. 465, 1913) in Abrede gestellt, daß irgend welche Gefahren für die Sozialreform vorhanden wären und daß deshalb auch kein mannhaftes Wort in der Richtung hin notwendig sei. — Bei der Beurteilung dieser Frage kommt es

eben auf die jeweiligen Anschauungen über das Maß des Notwendigen an. Die Kreise der „Kreuz-Zeitung“ und des Zentralverbandes deutscher Industrieller reden von Ueberwiegung von Sozialpolitik, von der Notwendigkeit einer weisen Beschränkung auf dem Gebiet usw., während die christlich-nationale Arbeiterschaft eine energische Fortführung der Sozialreform für unbedingt notwendig hält. Diesen Gedanken wird der bevorstehende dritte deutsche Arbeiterkongreß unzweideutig Ausdruck geben. Auf den Beifall und die Unterstützung derjenigen Kreise, die die gelbe Bewegung protegierten und von unerträglichen sozialen Lasten, von einer weisen Beschränkung in der Sozialreform usw. reden, müssen die christlichen Arbeiter verzichten und werden sich damit abzufinden wissen.

Noch mehr wie die Scharfmacherpresse hat die Sozialdemokratie an dem dritten deutschen Arbeiterkongreß auszusetzen. Sie kann ihren Mergen und ihre Mut über diese Veranstaltung nicht verbergen. Sie befürchtet, daß auf die unfruchtbare Genacr Parteitagstwoche eine eindrucksvolle Tagung nichtsozialdemokratischer Arbeiter folgen könnte. Für die Sozialdemokratie ist die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft immer nur ein Mittel krupelloser Verhegung und parteipolitischen Spekulationen gewesen. Die Partei über dem Arbeiterinteresse! In dieser Art hat sie auch die Lebensmittelverteuerung vom Anfang der Stunde behandelt. Während wir den Ursachen und den Abhilfemitteln nachgehen, erschöpft sich die Sozialdemokratie in parteipolitischen Stimmungsmache. Diesen Unterschied in der Behandlung ein und derselben Sache wird auch der Berliner Arbeiterkongreß beweisen. Das eben weiß die sozialdemokratische Presse. Darum die schlotternde Angst vor dem Eindruck, den die Verhandlungen dieses Kongresses ganz zweifellos auf die öffentliche Meinung ausüben werden.

Die „Soziale Praxis“ bringt in ihrer Nr. 23 den Aufruf im Wortlaut und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Dieser Aufruf wird, dessen sind wir sicher, freudige Aufnahme und begeisterten Widerhall in den Massen der nichtsozialdemokratischen und nicht-gelben Arbeiter finden. Denn die Organisationsbewegung unter den deutschen Arbeitern, die durch kein sozialdemokratisches und gewerkschaftsfeind-

liches Bekenntnis beengt nur dem Ideale humaner Gesinnung nachstreben und die Gesundheit und Kraft des deutschen Volkes und seiner rationalen Wirtschaft von unten herauf zu stärken trachten, hat eine erfreuliche Ausdehnung und Schwungkraft gewonnen. Insbesondere wird auch die angekündigte Tagesordnung des dritten deutschen Arbeiterkongresses außerordentlich anziehend auf die breitesten Kreise der Arbeiterschaft wirken. Unter der Lebensmittelverteuerung seufzen alle Arbeiterschichten, die Arbeitslosenfürsorge ist eine geradezu brennende Frage geworden und wird bis zum 30. November noch heißer die Gemüter entflammen wie bisher. Und das Gespenst sozialpolitischer Rückwärtserei, zumal auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes, geht bereits so dreist bei hellem Tage um, daß ihm endlich einmal der Garaus gemacht werden muß. Wenn sich eine Million unabhängiger, national gesinnter Arbeiter, die verschiedenen Parteien angehören und auf kein Klassenkampfdogma schwören, einmütig gegen das koalitionsfeindliche Treiben der sozialpolitischen Dunkelwandler wenden, dann dürfte ihren parlamentarischen Vertretern doch wohl die Lust vergehen, sich im Reichstag neuen und diesmal vernichtenden Niederlagen auszusetzen.“

Aus unseren Berufen.

Der Münchener Magistrat und die Arbeitslosigkeit.
Im Juli d. J. hat sich der Magistrat München veranlaßt gesehen, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit sogar eine Deputation in die Staatsministerien zu senden, um dort für Beschaffung von Arbeit Gelegenheit einzutreten. Nun sollte man doch der Meinung hinneigen dürfen, daß der Magistrat München ebenfalls durch Bereitstellung von Mitteln auf die rascheste Art Sorge tragen würde, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Dies trifft keineswegs zu. Während das Verkehrsministerium sofort die Arbeiten am Ostbahnhofe in Angriff genommen hat und so das Versprechen des Staatsminister v. Seidlein sofort eingelöst wurde, wartet man heute, nach Umfluß von 3 Monaten noch, daß der Magistrat München selbst auch Arbeiten in Angriff nimmt, um so dem wirtschaftlichen Uebel zu steuern. Herr Rechtsrat Dr. Konrad hat in

Die Entwicklung einer Großstadt.

II.

Einen breiten Raum in der Ausstellung nehmen die technisch-industriellen, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ein. Während die Gas- und Elektrizitätswerke eine Neuschöpfung des vergangenen Jahrhunderts sind, kann das Wasserwerk auf Vorbilder aus der römischen Zeit zurückblicken. Schon in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung hatte die Colonia Agrippinensis eine Wasserleitung, die in technischer und hygienischer Beziehung, nach modernen Begriffen, auf der Höhe stand. Ebenso wie Mainz, wo heute noch die Pfeiler zu sehen sind, über die die Leitung hinweggeführt war, hatte auch Cöln eine Wasserleitung, die frisches Quellwasser aus der Gegend von Hermülheim zur Stadt führte. Pläne und Teile dieser alten Leitung sind ausgestellt. Im 5. Jahrhundert geriet diese Leitung in Verfall. Die Bürgererschaft mußte sich mit den heute noch teilweise bestehenden Brunnen und später erfundenen Pumpen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts behelfen. Erst da gelang es wieder, mit Hilfe der jetzt in den Dienst der Menschheit gestellten Naturkraft des Dampfes das wieder herzustellen, was die alten Römer unter äußerster Ausnutzung der rohen Naturkräfte bereits erreicht hatten. Im Jahre 1872 am 27. Februar wurde die neue zentrale Wasserversorgungsanlage dem Betrieb übergeben. Die gesamte Tagesleistung betrug 32 000 Kubikmeter. Im Jahre 1893 wurde ein zweites Pumpwerk am Zugweg angelegt, welches noch heute sich in Betrieb befindet, aber nur den Wasserbedarf für das Elektrizitätswerk liefert. Im

Jahre 1898 wurde die Errichtung eines weiteren Pumpwerkes in Hochkirchen beschlossen, welches mit 150 Noßbrunnen und einer normalen Tagesleistung von 160 000 Kubikmeter die Wasserversorgung der Stadt übernimmt. Seit 1872 hat sich also der Wasserverbrauch verfünffacht.

Ob eine Privatgesellschaft diesen Anforderungen genügt hätte, kann mit Recht bezweifelt werden. Wer weiß ob nicht auch Cöln, ebenso wie Gelsenkirchen mit ihrem privaten Werk, einen Wasserwerksprozeß gehabt hätte, der damals Zustände in der Wasser-versorgung aufdeckte, die Alles andere, nur keine Empfehlung für den privaten oder gemischt wirtschaftlichen Betrieb waren. Mögen alle Vorteile, die den gemischtwirtschaftlichen Betrieb gegenüber dem Regiebetriebe angedichtet werden, zehnmal größer sein, wie sie in Wirklichkeit sind, die Garantie des letzteren, nur einwandfreies Wasser in ausreichender Menge zu liefern, ist mehr wert, wie die glänzendste Verzinsung des investierten Kapitals.

Die ganze Entwicklung der Beleuchtungstechnik führen uns die Ausstellungsgegenstände der Gas- und Elektrizitätswerke vor Augen. Auch hier mag zunächst eine Darstellung der Entwicklung des Beleuchtungswesens der Straßen und öffentl. Plätze dem Leser willkommen sein. Im 14. Jahrh. hatte Cöln 3 öffentl. Laternen. Im übrigen mußte ein jeder selbst für Licht sorgen. Wenn die alten Cölner Rappesburen von ihrem Stammtisch den heimatischen Penaten zueilen wollten, mußten sie entweder selbst eine Laterne mitnehmen, oder sich aber von einem sogenannten Leuchtemann, die damals, wie heute die Dienstmänner, an verkehrreichen Punk-

der am 15. Juli 1913 stattgefundenen Sitzung mitgeteilt, der Magistrat habe folgende Beschlüsse gefaßt: Arbeiten für die Mittel bereits genehmigt sind, deren alsbaldige Ausführung tunlichst erscheint, sollen sofort in Angriff genommen werden, für Arbeiten, für die Mittel noch nicht genehmigt sind, deren alsbaldige Ausführung in Berücksichtigung der bestehenden großen Arbeitslosigkeit sich indessen wirtschaftlich rechtfertigen läßt, sollen die Mittel von beiden Kollegien erbeten werden; nach deren Bewilligung soll mit der Ausführung sofort begonnen werden.

Aus diesem Beschluß war doch guter Wille herauszulesen, aber bei dem blieb es auch. Geschehen ist von Seite der Stadtgemeinde so viel wie nichts. Im Juli großer Lament wegen Behebung bzw. zur Steuerung der Arbeitslosigkeit. Anfangs August folgten dann wieder Arbeiterentlassungen. Jetzt, Mitte Oktober, statt Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wieder Arbeiterentlassungen (ca. 50 Mann). Wo bleiben da die Maßnahmen des größten Arbeitgebers Münchens, des Magistrats? Was ist es mit dem raschen Eingreifen desselben? ca. 350 bisher in städtischen Diensten gestandene Arbeiter sind gegenwärtig arbeitslos, darunter Leute mit langjähriger Tätigkeit. Auch muß hier betont werden, daß in verschiedenen Betrieben Leute in Arbeit stehen, welche heuer zum erstenmale beim Stadtmagistrate beschäftigt sind. Ferner ist zu konstatieren, daß sich die Betriebsleitungen keinen Deut mehr um die Beschlüsse der Kollegien kümmern. Die Arbeitordnung für die Gemeindegewerksarbeiter legt jeder Vorgesetzte nach seiner Meinung, wie es gerade in den Kram paßt, aus. Das Sparsystem wird stets erst an den Arbeitern angewandt. Ja, man läßt sich sogar zu echt russischen Aussprüchen hinreißen: Spitaler kann ich nicht brauchen; ich hab kein Spital; oder gleich gar: ich schwinge die Krante über meinen Leuten. Antreiberei und Angeberei sind an der Tagesordnung. Von oben herab der Druck, unter wird dieser noch verschärft. So haben sich in den letzten Jahren Verhältnisse in den meisten städtischen Betrieben herausgebildet, durch welche die Gemeindegewerksarbeiter in keineswegs rosige Lage versetzt worden sind. So fristen sie ihr Leben in den städtischen Betrieben durch langjährige Tätigkeit, stets damit rechnend, ich habe ständige Arbeit. Doch

plötzlich wird mit rauher Hand ein Strich durch ihre Rechnung gemacht. Auch sie werden entlassen. Arbeitslos! Auch sie teilen das Los mit den Privatarbeitern. Gangan und Bangen ergreift die noch in Arbeit befindlichen, trifft auch uns das Los? Ein Sonnenstrahl fällt auf sie, der Magistrat beschließt, Arbeit zu beschaffen. Wenige Wochen darauf: Arbeiterentlassungen über Arbeiterentlassungen; auch die mit den guten Hoffnungen sind arbeitslos. Wann wird es besser? Der Magistrat München möge diesen Notschrei nicht unbeachtet lassen. In Anbetracht der großen Zahl von arbeitslosen Arbeitern, insbesondere derjenigen, die bisher in städtischen Betrieben gestanden haben, ist baldige Hilfe unbedingte Notwendigkeit.

Aus den Ortsgruppen.

Es geht vorwärts! Neue Ortsgruppen wurden in letzter Zeit gegründet in Dillingen, Passau (Gemeindegewerksarbeiter), Wöllershof, Wangen, Neuf (Straßenbahner), Bromberg (Straßenbahner) und Lohr.

Eine Konferenz für den Bezirk Köln

tagte am Sonntag, den 28. September in Köln. Von den 14 eingeladenen Ortsgruppen waren 13 durch insgesamt 20 Delegierte vertreten. Als Vertreter des Zentralvorstandes waren Kollege Debenbach und Sidmann erschienen.

Bezirksleiter Krumböck betonte in seinem Berichte, der sich über das 1. und 2. Quartal erstreckte, daß dies die erste Konferenz sei, die nach der Verbandsreform stattfand. Diese Reform habe dem Verbande nur zum Vorteile gereicht. Der beste Beweis hierfür würde durch die Entwicklung des Bezirkes gebracht. Am Anfang der Berichtszeit (1. Januar 1913) bestanden im Bezirke 11 Ortsgruppen mit 1793 Mitgliedern. Im Laufe des 1. Quartals wurden die Ortsgruppen Frechen und Siegen neugegründet, im Laufe des 2. Quartals die Ortsgruppe Euskirchen, so daß der Bezirk am Schlusse der Berichtszeit (30. Juni 1913) 14 Ortsgruppen umfaßte. 10 Ortsgruppen hatten eine Zunahme von 246 Mitgliedern zu verzeichnen, während 2 Ortsgruppen um 55 Mitglieder zurückgingen. Der Bezirk hat demnach seinen Mitgliederbestand in der Berichtszeit von 1793 auf 1984, also um 191 Mitglieder gehoben. Das ist eine Zunahme von 10,6 Prozent in dem Halbjahr.

Die Einnahmen betragen im 1. Quartal 8524,75 Mk., im 2. Quartal 8832,15 Mk., also insgesamt 17 356,90 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeliefert: im 1. Quartal 6398,60 Mk., im 2.

ten ihre Dienste anboten, nach Hause begleiten lassen. Ohne Licht durfte niemand des Nachts die Straße passieren.

Seit dem Jahre 1400 wurde der Bürgerschaft zur Pflicht gemacht, bei Lärm auf der Straße ein Licht zum Fenster hinaus zu hängen. Der französische Stadtkommandant erließ um 1794 eine Verordnung, wonach die Straßen und Plätze von abends 6 bis morgens 6 Uhr beleuchtet sein mußten.

Der Magistrat wälzte die Aufgabe auf die Bürgerschaft ab, die durch Heraushängen einer Stallaterne, oder durch Aufstellen einer Kerze hinter dem Fenster dieser Verpflichtung gerecht zu werden versuchten. Erst 1821 erhielt die Stadt ein Angebot auf Errichtung einer Gasbeleuchtungsanlage. Aber erst 1836 errichtete eine Privatfirma eine Delgasfabrik. Das aus Delstoffen und Harz hergestellte Gas wurde den Abnehmern mit Wagen zugeführt und dann in besondere Behälter abgefüllt. Im Jahre 1836 erbot sich die Imperial-Continental-Gas-Association bei Genehmigung zur Anlage einer Steinkohlengasanstalt die 7 Zentimeter breite und 5 Zentimeter hohe Straßenflamme zum Preise von 5 Pfg für die Stunde zu übernehmen. Nach längeren Verhandlungen wurde dieses Anerbieten im Jahre 1840 von dem Stadtrat angenommen, der Preis dabei von 5 auf 4½ Pfg. ermäßigt, der Gesellschaft aber dafür das alleinige Recht zur Versorgung des gesamten Stadtgebietes mit Leuchtgas auf 25 Jahre zugebilligt. Das auf Grund dieses Vertrages an der Buschgasse und Rosenstraße erbaute Gaswerk wurde am 10. August 1841 in Betrieb genommen, der Bau eines weiteren Gaswerkes erfolgte 1862 am Spieserhof. Mancherlei Mißhelligkeiten zwischen Stadt und Unternehmerin veranlaßten

erstere, am 1. Mai 1873 die im Stadtgebiete liegenden beiden Werke, deren höchste Tagesleistung 58 500 Kubikmeter betrug, in eigene Verwaltung zu übernehmen. Da eine Vergrößerung dringend notwendig war, entschloß man sich im Jahre 1875 zur Errichtung eines völlig neuen Gaswerkes auf dem Grundstücke des jetzigen Gaswerkes zu Ehrenfeld und bewilligte hierfür sowie für die erforderliche Erweiterung und Erneuerung des Stadtröhrennetzes den Betrag von 5 900 000 Mark. Die Anlage wurde sofort auf eine höchste Tagesleistung von 120 000 Kubikmeter ausgebaut. Zur Gasherzeugung dienen 80 Öfen mit horizontalen, 3 Meter langen Retorten, die in zwei Ofenhäusern untergebracht wurden, während ein drittes, der Erweiterung dienendes Ofenhaus vorläufig als Lagerraum benutzt wurde. Im Jahre 1885 wurde dann auch dieses Haus ausgebaut, und zwar mit einer verbesserten Ofenkonstruktion, den sogenannten Kölner Öfen. Die höchste Tagesleistung steigerte sich damit auf 180 000 Kubikmeter.

Die für Ehrenfeld selbst von der Imperial-Continental-Gas-Association angelegte Gasanstalt ging am 1. Juli 1889 für den Preis von 600 000 Mark an die Stadt Köln über und wurde nach Verbindung mit dem Stadtröhrennetz stillgelegt. Im Jahre 1891 erwarb die Stadt auch die von der Aktiengesellschaft für Gasbereitung errichteten Werke in Nippes und Waghthal zum Gesamtpreise von 990 160 Mark und setzte auch diese nach Verbindung mit dem Stadtröhrennetz außer Betrieb. Auch das Gaswerk Deutz ging im Jahre 1900 in den Besitz der Stadt Köln über, und vom 1. April d. J. ab wurde Deutz von den Kölner Werken mit Gas versorgt.

Quartal 6780.55 Mk., zusammen 13 179.15 Mk. An Krankenunterstützungen wurden ausbezahlt im 1. Quartal 1167.30 Mk., im 2. Quartal 1172.30 Mk., insgesamt 2339.60 Mk. und 190.— Mk. Sterbegeld. Hinzu kommen noch 680.90 Mk. Krankenunterstützung und 620.— Mk. Sterbegeld, die als Lokalunterstützung von der Ortsgruppe Cöln (Straßenbahner) gezahlt wurden.

Wenn auch die Mitgliederzunahme im Verhältnis zu der Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen als ziemlich günstig bezeichnet werden darf, so könnte das Bild trotzdem noch erfreulicher sein, wenn den Neuaufnahmen nicht eine so große Anzahl Austritte gegenüberständen. In Zukunft muß etwas mehr Gewicht darauf gelegt werden, die jungorganisierten Kollegen nicht so leicht aus den Augen zu lassen. Dadurch dürfte der starken Fluktuation schon ein gutes Teil gesteuert werden.

Inbezug auf das Beitragswesen muß es Aufgabe der einzelnen Ortsgruppen sein, ihre Mitglieder zur Leistung höherer Beiträge zu erziehen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Daß der Verband praktische Arbeit leistet, ergibt sich daraus, daß im Bezirk während der Berichtszeit 11 Ortsgruppen an Bewegungen zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beteiligt waren, die zum Teil erledigt sind und den Kollegen große Vorteile gebracht haben, zum Teil noch der Erledigung harren.

Kollege Nebenbach referierte über „Die Stellung der Gemeindearbeiter und Straßenbahner in der Gewerkschaftsbewegung“, Kollege Eickmann über „Die jüngsten Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung“. Beide mit großer Sachkenntnis vorgebrachten Referate boten den Kollegen manche wertvolle Winke und Richtlinien, die, von den einzelnen Ortsgruppen in die Tat umgesetzt, neues Leben in unsere Bewegung bringen und unsere Stellung im Wirtschaftsleben bedeutend stärken werden. Wir setzen in die Kollegen Delegierten das Vertrauen, daß sie das dort Gehörte in richtiger Weise in ihren Ortsgruppen verwerten und Hand-in-Hand mit den Vorständen und Vertrauensleuten alles daran setzen, unserem Verband den Einfluß zu verschaffen, der ihm zukommt und es ihm ermöglicht, noch besser als bisher die Interessen der Kollegen vertreten zu können.

Nachh. Unsere am 2. Oktober tagende Versammlung beschäftigte sich mit der Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter. Schon seit dem vergangenen Jahre liegen der Verwaltung die Wünsche und Forderungen vor, aber bis heute ist sie aus den Ermägungen und Vorarbeiten nicht hinaus gekommen. In letzter Zeit werden Erhebungen über die Zahl der Kinder der Kollegen veranstaltet, die, wie verlautet, mit einer beabsichtigten Gernähung von sogenannten Familien- oder Kinderzuschüssen im Zusammenhang stehen. Auch sind Erhebungen über die Lohnverhältnisse in anderen Großstädten gemacht worden. Die Versammlung war der Meinung, daß endlich auch Ernst gemacht werden müsse. Bei anderen Anlässen, wie z. B. bei Steuer-

ermäßigungen, die in erster Linie einigen Großkapitalisten zugute kämen, brauchte man keine Dreivierteljahre für die Vorarbeiten. Mit Versprechungen der Neuregelung sei den Kollegen nicht gedient. Das bisherige Verhalten des Stadterordnetenkollegiums und der Verwaltung haben in weiten Kreisen der Kollegen das Vertrauen zu diesen Körperschaften untergraben. „Wir haben gehofft und geharrt, Ihr aber habt uns gefoppt und genarrt“, diese Stimmung sei bei vielen Kollegen vertreten.

Schuld an diesen Zuständen tragen aber auch die städtischen Arbeiter selbst durch ihre Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit gegenüber dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Heute seien es aber die Indifferenten, die am meisten schimpften, die Faust in der Tasche machten, aber sich zur Mitarbeit nicht aufschwingen könnten. Würde hier in diesem Punkte Wandel geschaffen, wäre eine derartige Behandlung der Wünsche der städtischen Arbeiter einfach unmöglich. Trotz dieser Schwierigkeiten oder vielmehr gerade wegen dieser widrigen Umstände würden die organisierten Kollegen festhalten und Aufklärungsarbeit unter den Indifferenten leisten. Mit dem Wunsche, daß der gute Geist in der Ortsgruppe auch weiter herrschen, die Kollegen ihre Anstrengungen verdoppeln möchten, schloß der Vorsitzende die überaus gut besuchte Versammlung.

Lohr a. M. Am 7. Oktober versammelten sich die Handwerker und das Wirtschaftspersonal der Kreis-Freienheil- und Pflegeanstalt zu Lohr, um eine Ausprache über ihre Lohn und Dienstverhältnisse herbeizuführen. Nach einem Vortrage des Kollegen Eickmann-Cöln über den Zweck und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben trat die Mehrzahl der anwesenden Kollegen dem Verbands bei. Aufgabe der Kollegen wird es nunmehr sein, die noch abseits stehenden Mitarbeiter zum Beitritt zu bewegen, damit auch für die Heilanstalt in Lohr die nämlichen Lohnverhältnisse eingeführt werden, wie in übrigen bayerischen Anstalten. Der Direktion kann eine Gleichstellung ihrer Angestellten mit ihren Kollegen in den anderen Anstalten nur angenehm sein. Eine gut entlohnte Angestelltenchaft wird stets versuchen, mit der größten Pflichttreue ihren gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Würzburg (Gemeindearbeiter). „Wer einen Keil in die Arbeiterbewegung treibt, zersplittert die Kräfte des Vorwärtstrebens und schädigt dadurch die gesamte Arbeiterschaft.“ Diesen Satz finden wir in einem Flugblatt des sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes. Ausgerechnet der sozialdemokratische Gemeindearbeiterverband, dem nicht nur von seinen Gegnern, sondern von seinen Bruderverbänden und der Generalkommission der freien Gewerkschaften der Vorwurf der Arbeiterzersplitterung gemacht wird, wagt dieses in einem Flugblatt zu schreiben und andere Organisationen des Arbeiterberrats zu bezichtigen. Wer hat denn in Würzburg einen Keil in die Bewegung der städtischen Arbeiter getrieben? Als die Herren Genossen in Nürnberg noch nicht

Schon im Jahre 1903/04 mußte eine abermalige umfangreiche Erweiterung der Werke erfolgen. Dem dringlichsten Bedürfnisse wurde zunächst durch die Errichtung einer Wassergasanstalt von 48 000 Kubikmeter Tagesleistung abgeholfen. In dem Jahre 1904 wurden dann aber unter Berücksichtigung der Fortschritte der Gastechnik umfangreiche Veränderungen des ganzen Werkes vorgenommen. Um den Kohlenlagerbestand vor Witterungseinflüssen und Kohlenbränden zu schützen, wurde zunächst ein überdeckter Kohlenschuppen von 270 Meter Länge und 52 Meter Breite mit einem Fassungsraum von 3500 Doppelwagen erbaut; ihm gegenüber ist ein Lfenzhaus mit vier Lfenzblöcken zu je acht Defen, jeder mit neun schräg liegenden Retorten und einer Gesamttagleistung von rund 120 000 Kubikmeter errichtet worden. Im gleichen Umfang wie die Erzeugungsanlage wurde auch die Gasreinigungsanlage erweitert und mit Apparaten neuester Konstruktio versehen. Infolge des immer stärker werdenden Mangels an geeigneten Arbeitskräften und unter Benützung der großen Fortschritte im Lfenzbau ist weiter im Jahre 1906 eines der drei alten Horizontal-Lfenzhäuser für den Einbau von 24 Vertikalöfen zu je 10 Retorten von 4 Meter Länge eingerichtet und schon im Juni 1907 mit etwa 95 000 Kubikmeter Tagesleistung dem Betrieb übergeben worden. In dem gleichen Jahre wurde auch die gesamte Kohlen- und Transportanlage der Neuzeit entsprechend umgebaut.

Unter den zahlreichen Nebengebäuden, die das Werk anzeigt, verdienen besonders erwähnt zu werden: die eigene Stromversorgungszentrale mit drei Turbo-Generatoren von zusammen

1030 Kilowatt, die zugehörige Dampfesselanlage von 1600 Quadratmeter Heizfläche, das chemische Laboratorium und die am westlichen Giebel des Schrägofenhauses erbaute Versuchsgasanstalt, die als vollständige kleine Gasfabrik für eine Tagesleistung von 4000 Kubikmeter eingerichtet ist.

Diese gesamten Anlagen sind in der Ausstellung „Alt- und Neu-Köln“ durch ein großes Modell zur Darstellung gebracht.

Die drei ursprünglich vorhandenen Gasbehälter von je 27 000 Kubikmeter Inhalt sind im Laufe der Jahre auf einen Gesamtinhalt von rund 200 000 Kubikmeter umgebaut und erweitert worden.

Modelle der großen Gasanstalten mit ihren technisch auf der Höhe stehenden Einrichtungen, sowie Modelle und Ansichten der alten Anlagen geben auch dem Laien die Möglichkeit, Vergleiche anzustellen und die Entwicklung der Technik zu verfolgen.

Schlagend ist hier der Vorwurf widerlegt, daß die Regiebetriebe wegen der bürokratischen Verwaltung, den technischen Fortschritten nicht oder nur langsam zu folgen vermögen. Gerade das Gegenteil, großzügige Organisation der Gaszeugung und dessen Abgabe ergab die Möglichkeit, bewährte technische Neuerungen vollständig auszunutzen, die Straßenbeleuchtung gratis zu übernehmen, den Gaspreis immer mehr zu erniedrigen, und trotzdem einen ansehnlichen Betrag zur Bestreitung der Unkosten der Stadtkasse zuzuführen. Ob dieses bei Fortbestehen der privaten Werke oder beim gemischtwirtschaftlichen Betrieb möglich gewesen wäre, erscheint mehr wie zweifelhaft. (Fortf. folgt.)

an die städtischen Arbeiter in Würzburg dachten, war es der christliche Verband, der sich dieser Kollegen angenommen hat. Bevor der rote Verband auch nur ein Mitglied in Würzburg hatte, war es unser Verband, der mit Erfolg die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstrebte. Wo waren denn die Herren Genossen, als der Gemeindebevollmächtigte Dr. Thaler auf unsere Veranlassung hin im Gemeindefollegium als Erster die Forderungen der städtischen Arbeiter begründete und daß auf dessen Antrag hin sofort ein sozialer Ausschuß gewählt wurde? Alle Parteien waren dafür und stimmten dem zu. Erst von da ab wurde die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städt. Arbeiter ernsthaft in Angriff genommen.

Erst dann erinnerten sich die Genossen der städtischen Arbeiter und versuchten, durch die Hineintragung der sozialistischen Ideen in die Gewerkschaftsbewegung einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Wenn heute diese feststehende Tatsache abgeleugnet wird, dann beweist dieses eben nur, daß sie dem Grundsatz huldigen „Lüge nur kräftig drauf los, es bleibt immer etwas hängen.“ Wer war es denn, der bei den Straßenbahnern ebenfalls einen Keil in die Einigkeit zu treiben versuchte? Und wenn heute die Bahn für die Einigkeit wieder frei gemacht, die Zahlstelle der Noten wieder verschwunden, so ist dieses Resultat wahrlich nicht auf den Wunsch der Genossen, die Einigkeit zu fördern, zurückzuführen.

Am 10. Oktober beschäftigte sich eine Versammlung der städtischen Arbeiter mit diesen Vorgängen. Sie verurteilte entschieden die Versuche der Genossen, die städtischen Arbeiter zu täuschen, um sie auf Umwegen über die Gewerkschaftsbewegung für die politische Sozialdemokratie zu gewinnen, die wie nunmehr festgestellt, zum großen Teil bereit war, die wahren Arbeiterinteressen der Parteipolitik zu opfern. Die Erörterungen über den Generalfreistreich bewiesen dieses zur Genüge. Wenn der Vorsitzende unserer Ortsgruppe die letzte Eingabe an den Magistrat auch den sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten überreicht habe, so sei dieses eine Anstandsspflicht gewesen. Unzutreffend sei, so wurde vom Vorstand betont, daß diese Leute um eine Bestürmung der Wünsche gebeten worden wären, weil die bürgerlichen Gemeindebevollmächtigten versagt hätten. Wer diese Behauptung aufstelle, mache sich der Lüge schuldig.

Kollege Wiener erklärte sodann, seinen Posten als Vorsitzender niederzulegen und als einfaches Mitglied weiter kräftig mitzuarbeiten. Nachdem dem bisherigen Vorsitzenden der Dank für seine jahrelange Mühewaltung ausgesprochen war, wurde beschlossen, am Sonntag, den 19. Oktober eine Generalversammlung abzuhalten, in der die Wahl eines neuen Vorsitzenden vorgenommen werden soll. Auch sollen in dieser Versammlung die in der Eingabe niedergelegten Wünsche einer eingehenden Erörterung unterzogen werden.

Düsseldorf (Straßenbahner). Eine am 8. Oktober tagende, gut besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Wahl für den Ausschuß der Betriebskrankenkasse. An Stelle des nicht erschienenen Referenten hielt der Vorsitzende Kollege Werle einen Vortrag über das Krankentassenwesen, welches durch die Reichsversicherungsordnung eine Reihe Änderungen und Verbesserungen erfahren habe. Er wies besonders darauf hin, daß das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in den Krankentassen keine empfindliche Einschränkung erfahren habe. Nur bei der Vergebung der Beamtenstellungen sei eine Einschränkung erfolgt und zwar, um den Mißbrauch durch die Sozialdemokraten, den diese jahrelang mit dem bisherigen Rechte, zum Schaden der Versicherten getrieben hätten, ein Riegel vorzuschieben. Redner ermahnte die Kollegen, nur die fähigsten und tüchtigsten Kollegen mit dem Amte eines Krankentassenausschußmitgliedes zu betrauen.

Hierauf erfolgte die Aufstellung der Kandidatenliste. Es wurde sodann der Wunsch ausgesprochen, daß im Falle, daß zwei Listen eingereicht werden sollten, sämtliche Kollegen nicht nur selbst sich an der Wahl beteiligen, sondern auch die Gleichgültigen und Laien zur Teilnahme aufzufordern. Im Falle, daß keine zweite Liste aufgestellt werde, fände bekanntlich keine Wahl statt. Unsere Liste gilt dann als gewählt. Nur dürften sich die Kollegen nicht in Sicherheit wiegen, denn man könne nicht wissen, was in aller Heimlichkeit gearbeitet würde.

Anschließend hieran referierte der Kollege Kanabek über die Strömungen im sozialen Leben. Wenn auch keine neue Buchtausbearbeitung zu erwarten sei, so dürfte der Einfluß der Scharfmacher in den Parlamenten und bei den Regierungen aber nicht unterschätzt werden. Wohin der Weg dieser Leute führen sollte, zeige das Buch von Professor Weber „Kapital und Arbeit“ und das tendenziöse Buch des Professor Bernhardt „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“. Der Zusammenschluß im „Kartell der schaffenden Arbeit“ müsse jeden Angestellten bedenklich stimmen. Gelänge es diesen Herren, mit ihren Ansichten durchzudringen, würden in erster Linie die städtischen Angestellten und

Arbeiter die Leidtragenden sein, da doch die Sozialpolitik der Gemeinde bedeutend weiter ginge und auch gehen müßte, wie die staatliche.

In der Diskussion traten noch manche beachtenswerte Gedanken zutage. Grundsätzlich sei es, sich deshalb in Sicherheit zu wiegen, weil der Betriebsdirektor, als Vertreter der Stadt, in der Krankenkassenfrage entgegenkommen gezeigt habe, was anerkannt werden müsse. Wenn aber jene Herren im Düsseldorfer Stadtparlament, die bei der Debatte über den Streik bei der Rheinischen die Direktion verteidigten, sich durchsetzen würden, dann dürften die Hoffnungen der Kollegen nicht allzu schnell in Erfüllung gehen. Mit dem Wunsche nach reger Mitarbeit der Kollegen und fleißigen Versammlungsbefuch schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Mannheim (Straßenbahner). Am 6. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit der rechtlichen Stellung der Straßenbahner befaßte. Kollege Sidmann-Cöln zeigte in seinem Referate, wie die Erfindungen auf technischem Gebiete auch große Umwälzungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete nach sich gezogen haben. Diesen veränderten Verhältnissen sei die Gesetzgebung nicht immer gefolgt, so daß heute ein Teil der Angestellten gesetzlichen Bestimmungen unterständen, die für ganz andere Personen und Verhältnisse erlassen worden wären. Für die Straßenbahner müßte entweder ein neues Angestelltenrecht geschaffen, oder aber dieselben der Gewerbeordnung unterstellt werden. Ebenso bedürfe das deutsche Strafrecht eine Reihe Abänderungen, da die Anwendung verschiedener Paragraphen des Strafgesetzbuches, die für die Eisenbahner erlassen worden seien, auch die Straßenbahner zu ungerechtfertigten Härten führen müssen.

Redner kam dann in eingehender Weise auf das Versammlungsverbot des Mannheimer Stadtrats zu sprechen. Das Verbot widerspreche den klaren Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes. Es müsse dahin gewirkt werden, daß dieses Verbot wieder aufgehoben würde. Das Vorgehen der echt und rotaroten Genossen, auf dessen untaktisches Vorgehen das Verbot zurückzuführen sei, verdiene ebenfalls entschiedene Mißbilligung. Wenn in einem Verbandsorgan der Straßenbahner sämtliche Vorgehensweise in den Straßenbahnverwaltungen mit wenigen Ausnahmen als geistig und sittlich minderwertige Leute hingestellt würden, brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Verwaltungen mit Gegenmaßnahmen diesem ungerechtfertigten Vorgehen entgegen zu treten versuchten. Zwei der anwesenden Gegner, denen unbeschränkte Redefreiheit gewährt wurde, versuchten in langen Ausführungen ihr Vorgehen zu entschuldigen, oder die Tendenz und den Inhalt ihres Vereinsorgans zu vertuschen. Einer Erwiderung ihrer mehr wie doppelsinnigen Ausführungen gingen sie dadurch aus dem Wege, daß sie, obschon zum Verweilen aufgefordert, das Versammlungslokal vorzeitig verließen.

Mehrere Diskussionsredner verwahrten sich entschieden dagegen, daß die beamteten Kollegen gegenüber den übrigen Angestellten Solidarität und Kollegialität verleugneten, wie es ebenfalls im Organ des Lokalvereins behauptet worden sei. Wenn es in Mannheim Vorgehensweise und beamtete Kollegen gebe, die heute sich der Liebedienerei und der Denunziation befleißigten, so könne es sich nur ausschließlich um frühere Mitglieder des Lokalvereins oder des roten Transportarbeiterverbandes handeln. Von unseren Kollegen sei noch keiner für einen Aufsichtsposten für würdig erachtet und keinem einzigen beamteten Kollegen unseres Verbandes könne irgend ein Verstoß gegen die Kollegialität nachgewiesen werden. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

„Die heute im Bernhardushofe tagende Versammlung der Straßenbahner erwartet von der Verwaltung die Aufhebung des Verbots, wonach es den Angestellten nicht gestattet sein soll, öffentliche Versammlungen abzuhalten, weil:

1. Das Verbot im Widerspruch steht mit dem Reichsvereinsgesetz.
2. Der Verwaltung ohne Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte anderweitige Mittel disziplinarer Art genügend zur Verfügung stehen, um die Autorität und das Ansehen der Direktion und Stadtverwaltung zu wahren.
3. Die Umgehung des Verbots den Angestellten keine besonderen Schwierigkeiten bereiten würde und
4. jeder Versuch, staatsbürgerliche Rechte der Angestellten einzuschränken, nicht geeignet ist, ein exträgliches, friedliches Verhältnis zwischen Verwaltung und Angestellten zu erhalten resp. herbeizuführen.

Die Versammelten verurteilten entschieden jeden Versuch, der, unbekümmert um das eigentliche Wohl der Angestellten, sie zu einem überspannten, ungesunden Radikalismus hinführen wolle. Sie erachten, im Gegensatz zu den Beschlüssen anderer Versammlungen, gerade die Verleihung der Beamteneigenschaft, ohne Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte, als eine wesentliche

hebung ihres Standes und erwartet, daß die Erfüllung der Vorbedingungen zur Erreichung der Beamteneigenschaft den Angestellten erleichtert wird."

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Scharfmacher an der Arbeit.

Die Scharfmacher und ihre Trabanten werden immer wütender gegen unsere gesetzliche Sozialpolitik. In einem Artikel vom 5. August d. J. schlägt die großkapitalistische „Post“ (Berlin) unter der Überschrift: „Welche Früchte trägt die deutsche Sozialpolitik?“ geradezu Purzelbäume. Was in diesem Aufsatz an Pauschalverdächtigungen gegen die Arbeiter und an Verunglimpfung der deutschen Sozialgesetzgebung geleistet wird, ist geradezu ungläublich. Wenn man diesen Maßlosigkeiten Glauben schenken könnte, dann wäre das deutsche Volk durch „unsere herrliche Sozialpolitik“, wie es höhnisch heißt, an den Rand des Abgrundes gebracht. Ein paar Stichproben:

„Durch die zu weitgehende Fürsorge der Arbeiterschaft auf Kosten des Unternehmertums hat man ihnen die Möglichkeit gegeben, „sich auszuleben“, d. h. es an eigener Fürsorge für sich, für die Familie fehlen zu lassen, da das Gemeinwesen bezw. das Unternehmertum für alles sorgen mußte. . . . Unsere Sozialpolitik hat durch ihr Uebermaß, die Ansprüche der Arbeiterschaft an die Gesamtheit ins Ungemessene zu steigern, und sie hat zur Verrohung dieser Kreise ganz außerordentlich beigetragen, indem sie deren sittliches Pflichtbewußtsein gegen sich, ihre Angehörigen, gegen ihre Mitmenschen und namentlich gegen die bessergestellten Staatsbürger erheblich verringert. Von der alten deutschen Treue des Arbeiters gegen seinen Arbeitgeber kennt der industrielle Arbeiter kaum mehr etwas. Er weiß nur von „Ausbeutung“ durch letzteren und von dessen „Bereicherung“ durch die Leistungen des Arbeiters.“

Gegen derartige Verunglimpfungen des gesamten deutschen Arbeiterstandes und unserer segensreichen Sozialgesetzgebung polemisiert man nicht, derartige Ausbrüche eines krankhaften Scharfmachertums hängt man nur niedriger. Die beste Antwort auf solche Anwürfe ist das gemeinsame Streben aller rechtlich denkenden Staatsbürger, unsere sozialen Gesetze weiter auszubauen und zu vervollkommen.

Mit der Herrschaft der Sozialdemokraten in den deutschen Krankenkassen

ist es vorbei. Nicht gründlich ist ihnen durch das Verhältniswahlsystem das Rückgrat gebrochen. In Aachen tobte ein Kampf um die Ausschlusswahl, wie er wohl selten beobachtet werden kann. Trotz 20 000 Röhling-Broschüren, trotz der stinkenden Jauche der Verleumdungen, die kübelweise über die christlichen Arbeiter und ihre Führer geschüttet wurde, ist der Ausgang der Wahl ein Fiasko für die Genossen, wie sie noch selten eines erlebt haben. Resultat: Christliche Arbeiter 11 561 Stimmen und 37 Vertreter, Genossen 4020 Stimmen und 12 Vertreter. Hirsch-Dunckerische 474 Stimmen, 1 Vertreter. Weitere Erfolge unserer Bewegung: Eßln-Land: Christliche Vertreter 37, Genossen 13. Eickel: Christliche Liste 8 Vertreter, Gelbe und Genossen je 2 Vertreter, Amt Wattenscheid: Christliche Gewerkschaften 10 Vertreter, Genossen 2 Vertreter. Innungskrankenkasse in Goddeshberg: Christliche Gewerkschaften sämtliche Vertreter. Gelsenkirchen-Schalke: Christliche Arbeiter 14, freiheitlich-nationale 9 und Sozialdemokraten 17 Vertreter. Hildesheim: Bisher hatten die Genossen die Zweidrittelmehrheit. Jetzt ist das Verhältnis: Genossen 27 und die übrigen 32 Vertreter. Hagen-Delstern bisher vollständig in Händen der Genossen. Jetzt: 15 Christliche und 25 Genossen. In Schyelm Christliche 14, Sozialdemokraten 16 Vertreter. Gelsenkirchen-Land: Christliche 44, Genossen 10 Vertreter. Wesseling bei Bonn: Christliche Liste 17, sozialdemokratische Liste 13-Vertreter. Willich-Beneil: Christliche Arbeiter 35 Vertreter, Genossen 15 Vertreter.

Krankenkasse für den Kreis Lüdinghausen und die Bürgermeistereien H. = Gladbach u. Odenkhal: Sämtliche Vertreter der christlichen Arbeiter gewählt.

Diese unbestrittenen Erfolge unserer Bewegung sollten unseren Kollegen ein Ansporn sein, bei den demnächst stattfindenden Wahlen zu den Ausschüssen der Betriebskrankenkassen ebenfalls ihren Mann zu stellen.

Arbeiterbewegung.

Der Rückzug eines Verleumders.

Der Renegat Köhling, der gegen die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Broschüre herausgegeben hat, sieht sich veranlaßt, schon jetzt, ohne die Gerichtsverhandlung abzuwarten, eine Reihe seiner Behauptungen zurückzuziehen.

Wie nicht anders zu erwarten, läßt sich die „Gewerkschaft“, das Organ des roten Gemeindearbeiterverbandes, diesen fetten Happen nicht entgehen. Indem es ein Teil der Verleumdungen wiedergibt, will es jedenfalls beweisen, daß der Genosse Kiedel recht hatte, als er über die geistige Armut in seinem Verbands jammerte. Bei dem Vorhandensein wirklich gediegener geistiger Kost, würde man es nicht wagen, seinen Mitgliedern derartiges zu bieten.

Während die „Gewerkschaft“ doch wohl in einem Anflug von Scham die Angelegenheit auf der letzten Seite brachte, schwingt sich der rote „Straßenbahner zu einem Leitartikel auf. Erklärlich ist dieses schon, hat doch der rote Transportarbeiterverband alle Ursache, seine Mitglieder über die Diebstahlsgeheime in seiner Zentrale, über die vielen Unterschlagungen, über das elende Zusammenbrechen seiner Bewegungen der Straßenbahner in Leipzig, Berlin, Königsberg usw. hinwegzuhelfen. Und dieses glaubt er am besten zu können, wenn er über den christlichen Textilarbeiterverband herfällt, und in skrupelloser Weise die Verdungen eines Renegaten über einen Verband auf alle andern überträgt.

Gegen eine derartige schmutzige Kampfweise wehrt man sich aus Reinlichkeitsgründen nicht, sondern überläßt sie den anständigen Menschen zur Beurteilung.

Verbandsnachrichten.

Von 3. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen: Neuß, Starnberg, Baderborn, Duisburg, Mannheim (Straßenbahner), Landshut (Gemeindearbeiter), Dingolfing, Wernitz, Würzburg (Straßenbahner), Bromberg (Straßenbahner), Weiden, Freising, Diegnitz, Geitau und Essen.

Verbandsmitglieder!

Das Verbandsorgan ist ein gutes Agitationsmittel. Werft die gelesenen Nummern nicht fort, sondern gebt sie den Unorganisierten. Klärt diese auf und strebt unablässig darnach, immer mehr neue Mitglieder zu gewinnen.



Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege

Johann Leinen, Bonn.

Ehre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Gidmann; Verlag: Peter Dedenbach, beide in Köln, Benloerwall 9. Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Marast. 9.